

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

18. Jahrgang Berlin, den 16. Februar 1951 Nummer 7

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die Finanzierung des Wohnungsbaus im Jahr 1951

Das vergangene Jahr führte im Baugewerbe des Bundesgebietes zu einem hohen Produktionsniveau¹⁾. Trotzdem wurde eine Vollbeschäftigung der verfügbaren Arbeitskräfte nicht erreicht. Selbst in dem Saisonhalbjahr (Juni bis November) betrug die Zahl der unbeschäftigten Arbeitskräfte 112 000 oder 7,6 vH der insgesamt verfügbaren Arbeitskräfte des Baugewerbes. Im saisonalen Tiefpunkt des Winters 1950/51 dürfte dieser Satz auf 30 vH angestiegen sein. Ob es möglich sein wird, in der kommenden Bausaison wieder normale Beschäftigungsverhältnisse zu erreichen, hängt von der ausreichenden Bereitstellung von Baumaterialien — und diese von der Wiedererhöhung der Kohlenzuteilung für die Bauindustrie — ferner von der Aufbringung der für die Durchführung der Bauprogramme erforderlichen erheblichen Finanzierungsmittel ab. Insbesondere wird die Finanzierung des Wohnungsbaus, der im Jahr 1950 mit einem Betrage von rd. 3,4 Mrd. DM die knappe Hälfte des gesamten Bauaufwands (ohne Reparaturen usw.) umfaßte, auf Schwierigkeiten stoßen.

Die Wohnungsbaufinanzierung

Die Übersicht bringt eine Schätzung der Wohnungsbaufinanzierung 1950, und zwar der Kapitalbereitstellungen wie der Auszahlungen, ferner eine Schätzung der für 1951 zu erwartenden Finanzierungsmittel einschließlich der im Vorjahr bereitgestellten, aber nicht zur Auszahlung gekommenen Kapitalien.

1950 trugen nach Schätzung des DIW die Kapitalsammelstellen (Banken, Sparkassen usw.) rd. 1,4 Mrd. DM zur Wohnungsbaufinanzierung bei; hiervon entfielen allein 0,4 Mrd. DM auf die Bausparkassen. Aus diesem Jahr liegen weitere Hypothekenzusagen in Höhe von etwa 0,6 Mrd. DM vor. Es ist schwierig, abzuschätzen, welchen Beitrag der Kapitalmarkt darüber hinaus 1951 dem Wohnungsbau zur Verfügung stellen kann, da der Zufluß an Spareinlagen bei den Banken, Sparkassen und den übrigen Kapitalsammelstellen im Zusammenhang mit der durch die wirtschaftliche Entwicklung seit dem Korea-Konflikt wachsenden Konsumneigung stark nachgelassen hat. Unbe-

rührt von dem Rückgang an Spargeldern sind allerdings die Bausparkassen, so daß von dieser Seite ein gewisser Ausgleich für den Rückgang der Sparmittel der übrigen Kapitalsammelstellen gegeben sein dürfte. Immerhin wird die in unserer Übersicht zum Ausdruck kommende Erwartung eines im Jahre 1951 etwa gleichen Gesamtbei-

Wohnungsbaufinanzierung 1950 und 1951
Schätzung in Mill. DM

	1950		1951
	Bereitstellungen	Auszahlungen	Finanzierungsmittel
Kapitalsammelstellen			
erststellig	1400	950	(800)
nachstellig (Bausparkassen)	550	400	(500)
zusammen	1950	1350	1300
ERP-Mittel			
erststellig	250	175	50
Öffentliche Mittel			
nachstellig			
a) Bundeshaushaltsmittel	350	300	(500)
b) Soforthilfemittel einschl. Umstel- lungsgrundschild ..	700	500	(500)
c) Länder und Gemein- den (Haushalts- mittel)	500	500	(400)
zusammen	1550	1300	1400
Restfinanzierung			
Eigenleistung, Arbeit- geber, Mieter usw.	575	575	650
Finanzierung insges. ...	4325	3400	3400

trags der Kapitalsammelstellen als optimistisch bezeichnet werden müssen. Im einzelnen spielt eine Reihe politischer, wirtschaftspolitischer und ökonomischer Fakten bei der künftigen Entwicklung der „Sparneigung“ der Bevölkerung eine große Rolle, wie das Sicherheitsbedürfnis des Sparers, die Steuergesetzgebung, aber auch erwartete und tatsächliche Preisveränderungen u. dgl. Es ist in Rechnung zu stellen, daß sich jede

¹⁾ Vgl. „Das Baugewerbe im gesamtwirtschaftlichen Rahmen“. Wochenbericht des DIW, 18. Jg., Nr. 1.

Veränderung dieser Daten auf die künftigen Erträge der Kapitalsammelstellen im positiven oder auch im negativen Sinne auswirkt.

Die Übersicht zeigt weiter, daß ein großer Teil der für den Wohnungsbau erforderlichen Finanzierungsmittel von der öffentlichen Hand aufgebracht wurde; 1950 waren es einschließlich der ERP-Mittel 1,5 Mrd. DM. Es ist damit zu rechnen, daß dieser Betrag, trotz rückläufiger ERP-Mittel im Jahr 1951 sich ungefähr auf der gleichen Höhe hält. Dabei wird angenommen, daß die aus der Soforthilfe sowie der Umstellungsgrundschuld stammenden Mittel mit jährlich 500 Mill. DM gleichbleiben, der Bundeszuschuß sich von 300 Mill. DM im Vorjahr auf 500 Mill. DM erhöht und der Beitrag der Länder und Gemeinden (bisher 500 Mill. DM) nicht unter 400 Mill. DM absinkt.

Als „Restfinanzierung“ (Eigenleistung) weist unsere Übersicht für 1950 575 Mill. DM aus. Es darf erwartet werden, daß bei Fortbestehen der Einkommensteuerermäßigung zugunsten des Wohnungsbaus und gleichzeitigem Fortfall anderer Steuervergünstigungen dieser Betrag 1951 noch etwas überschritten wird.

Die Entwicklung der Baukosten

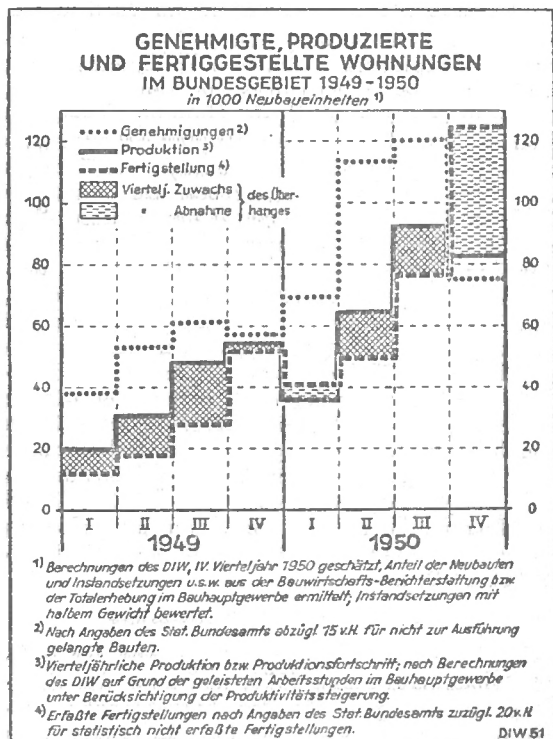
Der Preisindex für den Wohnungsbau weist für Oktober 1950 gegenüber Juli des gleichen Jahres eine Erhöhung von 5,8 vH aus. Diese Steigerung resultiert im wesentlichen aus der generellen Lohnerhöhung im Baugewerbe. Inzwischen wurde durch die vom Weltmarkt her beeinflusste Verteuerung der Rohstoffe des Ausbaumaterials eine weitere Kostensteigerung verursacht, so daß sich bis zum Jahreswechsel die Preise um etwa 10 vH über den Stand vom Juli 1950 erhöht haben dürften. Die Folgen der Heraufsetzung der Kohle- und Eisenpreise sind im Augenblick noch nicht voll zu übersehen. Preismindernde Tendenzen, beispielsweise ein Druck auf die Gewinne der Bauunternehmen, sind demgegenüber kaum in Rechnung zu stellen. Im Gegenteil wirken gewisse Bereiche des öffentlichen Baues dahin, die Gewinnmarge der Unternehmen weiter zu erhöhen. Alles in allem muß für 1951 jedoch mit einer Steigerung der Wohnungsbaukosten gegenüber dem vergangenen Jahr um 12 bis 15 vH gerechnet werden. Grundsätzlich sollte allerdings nicht unberücksichtigt bleiben, daß noch nicht alle Möglichkeiten des Abfangens der Baukostenerhöhung erschöpft sind. Ein derart großzügig angelegtes Programm, wie der Bau von etwa 300 000 Wohnungen jährlich, verlangt die Betätigung der öffentlichen Hand nicht nur bei der Gewährung von Zuschüssen. Neben dem Druck auf rationelle Bauweisen und Zusammenfassung der einzelnen Projekte in Großbaustellen scheinen weitere Ansatzpunkte nach den Erfahrungen in Schleswig-Holstein in der Zentralisierung des Materialeinkaufs zu liegen, um die Steigerung der Materialkosten durch eine wirtschaftlichere Beschaffungsweise auszugleichen. Ebenfalls wäre es zweckmäßig, die Auftragserteilung durch die öffentliche Hand stärker als bisher zu beeinflussen¹⁾.

¹⁾ Darüber hinaus wird diskutiert, der Reduzierung des Wohnungsbaues durch die Produktion von Einfachwohnungen mit 50,0 bis 6500 DM Kosten pro Einheit zu begegnen. Da aber diese Wohnungen in ihrer Nutzung entweder durch kleinere Räume oder durch verringerte Lebensdauer beeinträchtigt wären, so erscheint diese Lösung als nicht sehr glücklich.

Das Bauvolumen

Die Wohnungsbaustatistik berichtet über die genehmigten sowie die fertiggestellten Wohnungseinheiten, ferner kann die tatsächliche Produktionsleistung („Produktion“) innerhalb der jeweiligen Berichtszeit an Hand der geleisteten Arbeitsstunden unter Berücksichtigung der steigenden Produktivität roh geschätzt werden. Die so für die Jahre 1949 und 1950 gewonnenen statistischen Daten werden in der Abbildung einander gegenübergestellt, nachdem vorher — zur Angleichung — die Ergebnisse auf „Neubaueinheiten“¹⁾ umgerechnet worden sind.

Im Jahr 1950 wurden rd. 350 000 Wohnungen jeder Art fertiggestellt; auf Neubaueinheiten umgerechnet ergibt dies rd. 300 000 Wohnungen. Die Wohnungsproduktion war ungefähr gleich hoch, so daß sich der Überhang an im Bau befindlichen Wohnungen im Gesamtjahr nur wenig veränderte. Anders steht es mit den Wohnungsbau genehmigungen. Diese weisen gegenüber der Produktion bzw. Fertigstellung von Wohnungen im Laufe des Jahres einen erheblichen Zuwachs (rd. 100 000 Wohnungen, in Neubaueinheiten umgerechnet) des Überhangs auf.



Für das laufende Baujahr wird bei einer erwarteten Kapitalaufbringung von unverändert 3,4 Mrd. DM und bei um 12 bis 15 vH gestiegenen Baupreisen mit einer Produktion von etwa 270 000 Neubaueinheiten gerechnet werden können bzw. von 300 000 Wohnungen jeder Art (Neubauwohnungen, Umbauten und durch Instandsetzung gewonnene Wohnungen). Dabei wäre es durchaus denkbar, mit Hilfe des gegenwärtigen Überhangs an im Bau befindlichen Wohnungen die Zahl der fertiggestellten Wohnungen im Jahr 1951 auf den im Vorjahr erreichten Stand zu halten. Allerdings würde in einem solchen Fall der Wohnungsüberhang Ende des laufenden Jahres gegenüber dem Vorjahr erheblich reduziert sein.

¹⁾ Die Umrechnung ist notwendig, da in den unbereinigten Statistiken der genehmigten und fertiggestellten Wohnungen durch Instandsetzungs- und Umbauten gewonnene Wohnungen mit gleichem Gewicht erscheinen wie Neubauwohnungen.

Die Rolle des Zinsniveaus

Weitere Beeinträchtigungen des Wohnungsbaus, und hier besonders des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus, könnte bei einer Erhöhung des langfristigen Zinses eintreten. Der soziale Wohnungsbau beruht auf der Prämisse, daß die Miete nicht nach den Baukosten, sondern — durch Gewährung staatlicher zinsloser Darlehen — nach den Einkommen der in Frage kommenden Bevölkerungsschichten, insbesondere der Arbeitnehmerschaft, zu bemessen ist.

Hierzu ein Kalkulationsbeispiel:

Die Bankkosten einer Wohnung von 50 qm Wohnfläche sollen 10 000 DM betragen. Diese werden aufgebracht durch eine 1. Hypothek a) zu 6 vH bzw. b) zu 8 vH, ferner 1500 DM Eigenkapital zu 4 vH sowie durch eine zinslose 2. Hypothek. Die sozial tragbare Miete beträgt 600 DM.

Kalkulation a

6 vH für 1. Hypothek von 4000 DM	= 240,— DM
4 vH für Eigenkapital von 1500 DM	= 60,— DM
Zinslose 2. Hypothek von 4500 DM	= —
Bewirtschaftungskosten inkl. Abschreibung gemäß Berechnungsverordnung	= 300,— DM
Miete:	600,— DM

Kalkulation b

8 vH für 1. Hypothek von 3000 DM	= 240,— DM
4 vH für Eigenkapital von 1500 DM	= 60,— DM
Zinslose 2. Hypothek von 5500 DM	= —
Bewirtschaftungskosten wie unter a . .	= 300,— DM
Miete:	600,— DM

Bei einer Erhöhung des Zinses für die 1. Hypothek von 6 vH auf 8 vH müssen also, um die Miete nicht zu erhöhen, die 1. Hypothek um 1000,— DM herabgesetzt, die zinslose 2. Hypothek dagegen zum Ausgleich um 1000,— DM vergrößert werden. Dies würde bei einem Umfang des sozialen Wohnungsbauprogramms wie im Jahre 1950 (275 000 bis 300 000 Wohnungen) einen Mehrbetrag an öffentlichen Mitteln von rd. 300 Mill. DM bedeuten, der schwerlich aufzubringen wäre.

Die Auswirkungen einer Zinserhöhung auf die Bauwirtschaft betreffen jedoch nicht nur den sozialen Wohnungsbau. Die Mieten des frei finanzierten und des steuerbegünstigten Wohnungsbaus würden um 20 bis 30 vH ansteigen, da deren Kalkulationsgrundlage die Kostenmiete ist.

Es liegt nahe, von der Zinserhöhung ein stärkeres Aufkommen der Kapitalsammelstellen und damit erhöhte Mittel zumindest für den frei finanzierten und steuerbegünstigten Wohnungsbau zu erwarten. Jedoch würdigt diese Auffassung nicht die Tatsache, daß auf Grund der gemachten Erfahrungen der Sparer heute die Sicherheit seiner Einlagen höher bewertet als evtl. Zinsgewinne. Nur so ist es verständlich, daß die Hypothekenbanken auf eine Zinserhöhung keinen Wert legen, dagegen aber dem Pfandbrief eine dingliche Sicherheit zu geben wünschen. Es spricht viel dafür, daß die Lösung des Finanzierungsproblems in dieser Richtung — u. U. darüber hinausgehend durch Schaffung verbriefteter termingebundener Ansprüche auf Wohnungsnutzung — zu suchen ist.

Die Ostzongrenze als Devisenschranke

Der innerdeutsche Zahlungsverkehr ist von westdeutscher Seite so geregelt worden, daß der Geld- und Kapitalverkehr praktisch nicht gehemmt wird. Obwohl die Bestimmungen des Militärgesetzes Nr. 53¹⁾ die Devisengrenze gegenüber der sowjetischen Zone und sogar gegen Berlin²⁾ formal gleich behandeln wie gegenüber dem Ausland, bereitet ihre praktische Handhabung im Wirtschaftsleben keine Schwierigkeiten.

Westberlin ist der bundesgebietlichen Regelung des Geldverkehrs durch eine inhaltgleiche Verordnung³⁾ koordiniert worden. Über die dazu ermächtigte Berliner Zentralbank (BZB) sind durch eine große Zahl von „Allgemeinen Genehmigungen“⁴⁾ alle erforderlichen Erleichterungen im Zahlungsverkehr zwischen Westberlin und Westdeutschland geschaffen worden, so daß schrittweise — beginnend mit kleinen Beträgen im Postüberweisungsdienst bis zum unbegrenzten Bankverkehr — ein völlig freier Zahlungsverkehr und Effektenversand⁵⁾ ermöglicht worden ist. Der An-

kauf von Ostmark ist in Westberlin unbehindert geblieben und bald nach der Währungsreform (und zwar ab 2. August 1948) über konzessionierte Wechselstuben legalisiert worden.

Die bisherige Regelung im Osten

Demgegenüber stand die ostzonale Regelung des Geld- und Kapitalverkehrs von Anfang an unter dem Vorzeichen einer vorsorglichen Absperrung, um die Transferierung von Vermögenswerten zu verhindern und die Freizügigkeit der Privatwirtschaft möglichst einzuengen. Eine äußere Handhabung bot die separate Währungsreform. Sie veranlaßte am Anfang nur als schikanöse Maßnahmen empfundene, immer wieder wechselnde und oft sehr unklare Vorschriften über Besitz und Umtausch von Westmark- und Ostmarknoten. Diese Maßnahmen haben sich besonders für die Berliner Bevölkerung, aber auch für die Interzonenreisenden unangenehm bemerkbar gemacht.

Zuerst wurde die Einfuhr „westdeutscher Geldscheine“ überhaupt verboten⁶⁾, dann wurde bestimmt, daß das Westgeld an der Grenze hinterlegt oder umgetauscht werden kann⁷⁾.

¹⁾ Bundesanzeiger 1949, Nr. 2.

²⁾ Vergl. UG § 26 II.

³⁾ VO der Kommandanten der 3 Westsektoren im VOBl. für Groß-Berlin 1950, Nr. 47 vom 28. Juli 50.

⁴⁾ Bisher wurden 47 Allgemeine Genehmigungen zum Gesetz Nr. 52 und Nr. 53 erlassen und im Bundesanzeiger bzw. VOBl. für Groß-Berlin laufend veröffentlicht.

⁵⁾ Er wurde zunächst nur in der Richtung von Westberlin nach Westdeutschland gestattet, seit 30. November 1950 auch in umgekehrter Richtung.

⁶⁾ Aufruf der SMAD zur Währungsreform vom 18. Juni 1948 und Befehl Nr. 111 vom 23. Juni 1948.

⁷⁾ ZVOBl. 1949, Teil I, S. 720.

Eine am 19. Juni 1950 erlassene Verordnung⁸⁾ brachte eine Zwangsregelung für die Bewohner der Ostzone und Ostberlins, nach der sie alle in ihren Besitz gelangenden Westgeldzeichen im Verhältnis 1:1 umtauschen müssen⁹⁾.

Dem westdeutschen Währungsgebiet gegenüber ist der Verkehr mit DM-Ost bereits durch Anordnung vom 23. März 1949 generell im Sinne einer strengen Devisenbewirtschaftung¹⁰⁾ geregelt worden. Danach ist die Ein- und Ausfuhr der Ostmark grundsätzlich verboten. Ostzonenbewohner dürfen zwar 50,— DM Ost ausführen, müssen aber das Ostgeld wieder mit zurückbringen.

Ausländische Zahlungsmittel dürfen nur eingeführt werden, wenn sie zum Zwangskurs umgetauscht oder in gleicher Höhe wieder ausgeführt werden. Ostzonenbewohner sind jedoch zum Umtausch verpflichtet und müssen seit dem 19. Juni 1950 sogar auch auf das Ausland lautende Forderungen und ausländische Wertpapiere bei der „Deutschen Notenbank“ (der Ostzone) anmelden und auf sie übertragen¹¹⁾.

Neue verschärfte Vorschriften

In der Einkleidung einer technischen „Regelung des Zahlungsverkehrs“¹²⁾ sind seit Ende 1950 die bis dahin noch vorhandenen letzten legalen Möglichkeiten eines freien Geldverkehrs zwischen der Sowjetzone und dem westdeutschen Währungsgebiet unterbunden worden. Alle für Empfänger in der Bundesrepublik, in West-Berlin und im Saarland bestimmten Zahlungen¹³⁾ dürfen nur noch auf Sperrkonten bei ostzonalen Kreditinstituten vorgenommen werden. Bereits das Eingehen von Zahlungsverpflichtungen gegenüber Zahlungsempfängern im westdeutschen Währungsgebiet ist genehmigungspflichtig.

Geldforderungen an Bewohner Westdeutschlands müssen nach dem Gesetz vom 15. Dezember 1950 der „Deutschen Notenbank“ sofort gemeldet, auf Verlangen übertragen und zum nächsten

Termin fällig gemacht werden¹⁴⁾. Hiervon werden die aus Arbeitsverhältnissen sich ergebenden Geldansprüche ausgenommen. In der Regel wird es sich hierbei um solche Arbeitsverhältnisse handeln, die zumindest die Interessen der sowjetzonalen Verwaltung nicht verletzen, ihr in vielen Fällen aus politischen oder Arbeitsmarktgründen sogar erwünscht sein werden.

Verfügungen¹⁵⁾ über die Sperrkonten sind gestattet, um in der Sowjetzone Steuern, Versicherungsbeiträge, Unterstützungen u. ä. zu bezahlen, also Leistungen, die der ostzonalen Verwaltung direkt oder indirekt wieder zugute kommen.

Die zahlungstechnische Vorschrift, daß der interzonale Zahlungsverkehr nur noch über die Sperrkonten erfolgen darf, ist der Kunstgriff, mit dem die sowjetzonale Verwaltung sich nicht nur die Kontrolle über sämtliche Zahlungsvorgänge sichert, sondern mit dem sie auch die unmittelbaren Dispositionsbefugnisse an sich zieht. Dabei erkennt die Verwaltung dem in der Ostzone wohnhaften Gläubiger immer nur die nominellen Ostmark-Beträge zu, verschafft sich selbst jedoch durch diese Dispositionsbefugnisse die praktische Verfügung über die für sie wertvollen Westmark-Beträge.

Das neue Gesetz geht also weit über den Charakter reglementierender Vorschriften hinaus. Für die Ostzonenbewohner bedeutet es über die geschilderte Substitution von Ostmark-Leistungen an Stelle von Westmark-Forderungen eine weitgehende Teilenteignung. Seine eigentliche Bedeutung liegt in der Konzentration der unmittelbaren Dispositionsrechte über westdeutsche Werte in der Hand der sowjetzonalen Verwaltung, die sich hierbei des völlig verstaatlichten Bankapparates bedient¹⁶⁾. Hiergegen hat die Berliner Zentralbank bereits Schutzmaßnahmen ergriffen¹⁷⁾.

¹⁴⁾ Verstöße gegen das Gesetz fallen unter die Wirtschaftsstrafverordnung (ZVOBl. 1948, S. 439), d.h. Strafen bis zu 10 Jahr e Zuchthaus.

¹⁵⁾ GBl. der DDR 1951, S. 18.

¹⁶⁾ Nach einer unveröffentlichten Richtlinie der „Deutschen Notenbank“ vom 15. Juni 1950 werden Depot-Bescheinigungen für die westdeutsche Wertpapierbereinigung nur ausgestellt, wenn sich der Betreffende verpflichtet, die Verwertung der Effekten unter Einschaltung der „Deutschen Notenbank“ vorzunehmen (Der Volkswirt, Nr. 29 vom 21. 7. 1950). Die Verordnungen vom 25. 1. 1951 (GBl. der DDR 1951, S. 39 und S. 53) stellen die Wertpapierbestände, Hypotheken und Beteiligungen der öffentlich-rechtlichen Eigentümer sowie aller Pensionseinrichtungen, ehemaliger Banken und Versicherungen unter die Verwaltung der „Deutschen Notenbank“.

¹⁷⁾ Z. B. dürfen lt. Anordnung der Berliner Zentralbank vom 25. 1. 1951 Ostbewohner über ihre Westkonten nur noch mit Genehmigung der Berliner Zentralbank verfügen.

⁸⁾ GBl. der DDR 1950, S. 599.

⁹⁾ Vergleiche auch: Deutsche Finanzwirtschaft 1950, S. 139 und GBl. der DDR 1950, S. 501. Nach der Anordnung vom 26. 11. 48 (ZVOBl. 1948, S. 561) sogar 1,— DM Ost = 1,25 DM West.

¹⁰⁾ Anordnung über die Einfuhr und Ausfuhr von Zahlungsmitteln der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und ausländischer Zahlungsmittel aus und nach den westlichen Besatzungszonen Deutschlands und dem Ausland. — ZVOBl. I, 1949, S. 211.

¹¹⁾ GBl. der DDR 1950, S. 598.

¹²⁾ Gesetz zur Regelung des innerdeutschen Zahlungsverkehrs vom 15.12.1950. — GBl. der DDR 1950, S. 1202.

¹³⁾ lt. § 10 a.a.O.: Geld, Schecks, Wechsel, Edelmetalle, Wertpapiere, verbriefte Forderungen, Forderungsabtretungen, Anweisungen und auch die Aufrechnung.

Gegenstand	Ge- biet*)	Einheit †)	1949			1950												
			Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
			26	25,5	26	26	24	27	23	24	25,5	26	27	26	26	25	24	
Anzahl der Werktage:																		
Bank deutscher Länder	DBR	Mill. DM	E	1070,3	986,6	833,9	724,6	642,5	657,6	803,4	892,7	1161,5	1317,8	1321,4	1461,2	1262,5	1119,7	1046,8
Guthaben bei ausl. Banken ¹⁾	"	"	"	1120,3	1045,9	755,2	913,3	528,5	519,5	482,9	417,6	1 ¹⁾ 20,9	19,6	26,2	50,3	24,9	35,2	43,0
Sonstige Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts (Aktiva)	"	"	"	2103,5	2505,3	2820,5	2946,6	2883,0	3139,8	3010,9	2850,1	1 ²⁾ 2739,1	2667,8	2480,2	3084,3	3664,6	3820,9	3652,4
Wechsel und Schecks	"	"	"	1035,6	1144,9	1463,9	1491,8	1618,1	1458,4	1152,7	1098,6	1533,0	1417,2	1376,6	1349,4	1153,1	1113,4	1097,6
Lombardforderungen	"	"	"	5848,5	5613,9	5875,7	5776,2	5837,2	5696,4	5808,1	5804,6	5776,5	5911,6	5893,8	5854,8	5893,0	5828,2	5987,5
Forderung geg. d. öff. Hand	"	"	"															
Einlagen, insgesamt	"	"	"	1082,1	993,6	860,1	1151,0	1123,3	955,9	779,5	949,4	1 ³⁾ 2791,7	2674,3	2535,0	2426,0	2691,3	2742,2	2554,2
Zahlungsmittelumlauf ²⁾	"	"	"	7476,9	7386,0	7737,5	7609,7	7689,8	7828,3	7981,1	7936,4	8160,0	8237,8	8166,3	8356,1	8267,8	8246,4	8414,3
												1 ⁴⁾						
Geldvolumen ³⁾																		
Insgesamt	DBR	Mill. DM	S	22298	22528	22539	22991	23376	23744	24409	25097	27143	27429	28005	28488	28962	29061	.
dar. Bankeinlagen	"	"	"	14830	14940	14807	15252	15605	15699	16351	17008	18858	19174	19827	20128	20754	20872	.
dar. Sichteinlagen	"	"	"	7966	7980	7991	7589	7402	7476	7708	8017	7940	7557	.	8806	.	9055	.
Nichtausgewies. öff. Giroguthab.	"	"	"	408	610	402	540	481	625	498	580	557	437	435	437	369	371	.
480 Kreditinstitute ⁴⁾																		
Einlagen	DBR	Mill. DM	E	5199,1	5179,5	5319,0	5148,8	5257,1	5274,1	5474,5	9591,5	9620,0	9985,9	10469,7	10626,5	11117,8	11213,9	11526,3
Kurzfristige Forderungen	"	"	"	2432,8	2611,2	2611,0	2610,7	2659,4	2666,9	2599,9	7703,9	7836,8	7942,0	8100,5	8582,0	9045,0	9322,1	9546,4
Wechsel, insgesamt ⁵⁾	"	"	"	933,0	777,3	893,7	878,2	887,8	907,2	970,5	2760,6	2818,3	2879,2	2880,3	2949,5	3018,6	3142,1	3594,5
Schatzwechsel u. unverz. anweis.	"	"	"	55,5	110,3	95,8	94,2	99,8	124,5	153,4	360,2	385,7	353,4	302,3	271,1	188,3	167,5	135,5
Überschussreserve ⁶⁾	"	"	"	102,5	87,1	154,7	95,9	74,0	78,3	99,8	84,0	65,6	86,8	60,4	62,5	49,5	39,5	84,1
Finanzen																		
Kassenmüß. Einnahm. a. Steuern, Zöllen und Abgaben, insgesamt ⁷⁾	DBR	Mill. DM	S	1449,1	1300,3	1241,6	1551,1	1163,7	1272,8	1208,2	1099,4	1273,7	1065,7	1051,9	1572,1	1305,3	1181,1	.
Besitz- und Verkehrsteuern ⁸⁾	"	"	"	1087,7	907,5	860,3	1188,8	841,7	866,9	947,6	757,9	920,8	686,1	654,9	1196,3	853,0	780,9	.
Lohnsteuern	"	"	"	181,1	176,0	170,1	200,6	183,2	181,8	171,3	155,8	76,4	63,2	87,7	119,6	146,8	152,7	.
Veranl. Einkommensteuern	"	"	"	274,1	166,5	130,9	266,6	146,3	149,6	207,2	109,0	217,5	83,6	53,1	307,8	89,3	56,9	.
Umsatzsteuern	"	"	"	356,1	360,7	361,9	427,7	323,6	321,8	356,1	329,5	340,9	383,2	381,7	395,5	474,3	435,9	.
Körperschaftsteuern	"	"	"	180,0	100,3	89,2	145,6	79,5	108,1	127,7	56,9	191,0	39,7	22,6	262,1	33,8	32,4	.
Zölle und Verbrauchsteuern	"	"	"	361,4	392,8	381,3	362,3	322,0	405,9	233,6	341,5	352,9	379,6	397,0	375,8	452,3	400,2	.
7 Einlagen																		
insgesamt	DBR	Mill. DM	S	2821,1	2901,5	3060,6	3240,2	3376,5	3498,3	3610,7	3702,3	3825,8	3855,0	3868,7	3893,9	3967,5	4008,4	.
dar. Kreditbanken	"	"	"	276,5	287,5	310,9	329,6	347,0	361,9	375,5	388,2	410,1	416,3	421,3	434,8	446,3	456,4	.
Sparkassen	"	"	"	1932,4	1994,5	2088,0	2206,5	2296,8	2379,8	2457,6	2520,4	2599,1	2614,6	2623,3	2633,6	2679,2	2702,0	.
Kreditgenossenschaften	"	"	"	468,5	483,0	511,4	542,0	562,3	578,4	593,2	604,1	618,3	622,7	624,0	626,4	639,1	644,6	.
Postspark. u. Postscheckk.	"	"	"	92,1	93,7	94,4	103,3	109,5	115,5	119,4	123,5	130,7	133,3	132,2	131,5	134,3	136,0	.
Saldo der Ein- u. Auszahlungen	"	"	"	+ 59,7	+ 70,3	+ 119,8	+ 150,7	+ 117,5	+ 108,4	+ 104,7	+ 85,2	+ 114,0	+ 24,8	+ 15,5	+ 24,2	+ 73,8	+ 38,9	.
Emissionen																		
Aktien	DBR	Mill. DM	S	1,0	1,6	1,6	0,7	1,1	5,3	1,0	5,8	8,1	4,8	1,5	5,8	11,6	11,3	9,7
Festverzinsliche Wertpapiere	"	"	"	1,5	5,0	38,0	41,5	30,0	56,0	15,0	46,0	63,0	38,0	114,0	190,1	38,0	115,0	10,0
Boden- und Kommunal- Kreditinstitute																		
Umlauf an Schuldverschreibung.	DBR	Mill. DM	E	190,6	214,0	244,9	259,8	278,3	307,5	325,3	346,3	377,7	402,5	427,5	450,0	486,9	514,7	574,3
Hypothekenbanken	"	"	"	99,7	112,6	127,7	138,5	150,7	161,6	170,8	179,8	189,4	198,8	208,1	217,6	243,8	247,2	.
Öfftl. rechtl. Kreditanstalten	"	"	"	83,3	92,1	106,3	111,7	137,0	138,0	146,4	157,6	177,2	191,6	206,7	219,6	239,8	254,1	.
Schiffspfandbriefbanken	"	"	"	7,6	9,3	10,9	9,6	7,9	7,9	8,1	8,8	11,1	12,2	12,8	12,8	13,4	13,4	.
Darlehensbestand, insgesamt	"	"	"	586,0	684,3	828,0	917,5	1024,1	1148,8	1239,4	1336,4	1458,8	1583,5	1776,8	1955,1	2160,0	2368,3	2600,9
Deckungsdarlehen	"	"	"	206,1	238,6	316,8	361,8	421,0	499,2	563,2	614,7	678,0	730,1	837,8	925,8	1040,3	1248,8	.
Darlehen aus öfftl. Mitteln	"	"	"	302,7	357,4	446,5	485,8	518,7	563,5	579,0	623,0	675,4	742,8	834,1	920,6	1001,9	975,2	.
Sonstige Darlehen	"	"	"	77,2	88,3	64,7	69,9	84,5	86,1	97,2	93,7	105,5	110,5	104,9	108,7	117,9	144,3	.
Sonstige Ausleihungen	"	"	"	88,8	108,8	98,0	111,5	130,5	153,1	170,9	180,0	226,9	292,0	323,0	349,7	378,4	417,4	.
dar. Darlehen an Sparkassen	"	"	"	.	.	56,8	65,3	82,6	103,5	120,5	135,1	164,2	173,1	190,7	209,0	232,8	261,5	.
Kreditsicherheit																		
Wechselproteste bei Landes- zentralbanken u. Geldinstitut. ⁹⁾	DBR	Anzahl	S	9880	10772	11688	11593	13224	17370	17450	19895	20591	19548	19535	18511	19559	20534	.
Vergleichsverfahren	"	1000 DM	"	9387	10579	10820	10838	12535	15856	14833	15940	15073	13705	13921	12646	13510	14301	.
Konkurse	"	Anzahl	"	108	109	103	117	116	187	155	170	160	173	148	120	123	107	91
	"	"	"	268	275	282	328	361	422	301	393	404	367	343	318	314	330	305
Aktienkursniveau																		
Kursdurchschnitt für	DBR	in vH des Nominal- wertes	E	40,47	54,26	64,16	61,38	59,54	54,00	58,45	56,31	56,05	59,63	62,22	65,32	64,20	59,78	61,32
Grundstoffindustrien	"		"	45,89	54,93	62,51	64,83	63,76	59,58	61,35	60,45	62,35	62,53	64,71	69,04	72,19	68,76	70,61
Eisen- und Metallbearbeitung	"		"	56,57	66,78	72,33	76,86	77,41	73,40	74,29	73,36	74,18	73,91	75,81	79,65	82,75	81,53	83,51
Sonstige verarbeit. Industrien	"		"	43,88	53,11	58,12	60,91	58,11	54,69	55,97	54,70	54,87	54,71	54,02	57,15	57,14	54,31	56,08
Handel und Verkehr	"		"	46,24	57,29	64,60	65,77	64,73	59,98	62,35	60,91	61,99	62,60	64,19	67,69	68,59	65,50	67,25
Industrie, Handel u. Verkehr zus.	"		"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"
Kurse der 4% Wertpapiere ¹⁰⁾																		
Kursniveau, insgesamt	DBR	vH	D ¹⁰⁾	7,70	7,73	7,73	7,73	7,74	7,69	7,68	7,70	7,67	7,62	7,69	7,73	7,70	7,64	7,48
Pfandbriefe	"	"	"	7,87	7,87	7,86	7,85	7,84	7,79	7,75	7,74	7,68	7,65	7,78	7,83	7,79	7,75	7,61
Hypotheken-Banken	"	"	"	7,86	7,92	7,93	7,92	7,92	7,90	7,88	7,89	7,86	7,85	7,86	7,91	7,90	7,88	7,78
Öffentl. Banken	"	"	"	7,59	7,58	7,58	7,56	7,55	7,49	7,47	7,45	7,41	7,39	7,46	7,47	7,42	7,38	7,33
Kommunalobligationen	"	"	"	8,07	8,08	8,09	8,08	8,08	8,07	8,09	8,10	8,10	8,03	7,99	8,00	8,00	8,00	8,04
Hypotheken-Banken	"	"	"	8,14	8,18	8,24	8,26	8,25	8,24	8,22	8,22	8,46	8,48	8,46	8,44	8,44	8,34	7,97
Öffentl. Banken	"	"	"	7,05	7,18	7,16	7,19	7,26	7,22	7,27	7,39	7,41	7,28	7,25	7,27	7,24	7,09	6,79
Industrieobligationen	"	"	"															
Index der Grundstoffpreise																		
insgesamt	VWG	1938 = 100	D	199	197	195	196	197	196	197	197	198	203	207	218	220	224	229
	"	1949 = 100	"	104	103	101	103	103	103	103	103	104	10					

Gegenstand	Einheit	Vorjahr					Gegenwart												
		1.-7. Jan. 1950	8.-14. Jan. 1950	15.-21. Jan. 1950	22.-28. Jan. 1950	29. Jan. bis 4. Febr. 1950	26. Nov. bis 2. Dez. 1950	3.-9. Dez. 1950	10.-16. Dez. 1950	17.-23. Dez. 1950	24.-30. Dez. 1950	31. Dez. 1950 bis 6. Jan. 1951	7.-13. Jan. 1951	14.-20. Jan. 1951	21.-27. Jan. 1951	28. Jan. bis 3. Febr. 1951			
		1.	2.	3.	4.	5.	48.	49.	50.	51.	52.	1.	2.	3.	4.	5.			
Woche:																			
Arbeitsmarkt																			
Arbeitslose in Westdeutschland	1000	.	.	1783	.	1898	1316	.	1481	.	.	1690	.	1911	.	1821			
" Westberlin	"	.	.	293	.	303	279	.	282	.	.	286	.	296	.	292			
Versicherte Arbeitslose in USA	"	2603	2611	2610	2589	2593	1056	.	.	.	.	.	.	.	.	.			
Produktion																			
Geschäftstätigkeit in USA	1935/39=100	192,7	185,8	198,7	198,6	198,7	190,3	206,1	207,8	209,2	209,0	211,7	216,4	214,8	218,1	.			
Industrieproduktion in USA	"	189,6	178,9	181,7	191,9	182,6	218,5	223,7	216,3	216,8	203,3	219,7	224,7	219,1	220,7	219,8			
Steinkohlenfödrerg. in Westdschld. ¹⁾	1000 t	2100	2170	2162	2170	2161	2515	2364	2514	2283	1455	1974	2310	2383	2378	2288			
" Großbritannien	"	3775	4546	4496	4454	4357	4586	4651	4843	4343	2615	3633	4521	4474	.	.			
Kohlenförderung in USA	Mill. t	5,7	5,1	6,7	6,6	6,8	8,5	10,3	.	9,9	8,3	9,11	10,76	10,14	10,32	.			
Rohstahlerzeugung in Westdschld. ¹⁾	1000 t	150	154	149	150	159	174	171	164	157	89	128	164	164	171	168			
" USA	Mill. t	1,61	1,62	1,64	1,62	1,07	.	1,76	1,77	1,76	1,75	1,78	1,80	1,81	1,83	1,84			
Kraftwagenherstellung in USA	1000 Stück	111	155	158	139	128	151	160	169	160	130	101	142	159	166	153			
Stromverbrauch in Westdeutschland . .	Mill. kWh	519	532	534	539	535	653	664	675	681	541	605	647	647	637	.			
" " Westberlin ²⁾	"	17	18	18	18	18	20	21	21	22	22	21	21	21	21	.			
Güterverkehr																			
Wagenanforderung } Bundesbahn	1000	264,9	293,2	297,7	293,4	294,5	399,0	392,8	394,9	378,9	223,9	258,1	337,3	337,3	350,0	.			
Wagengestellung } Westdeutschland	"	264,5	292,7	297,0	292,5	293,8	382,0	379,3	380,9	367,5	223,0	257,5	336,4	336,1	347,6	.			
Zahlungsverkehr																			
Zahlungsmittelumlauf in																			
Westdeutschland u. Westberlin	Mill. DM	7570	7365	.	7038	7609	8246	8173	8056	7875	8414	8149	.	7738	7255	7975			
Notenumlauf d. Bank von England . . .	£	1300	1280	1260	1248	1245	1286	1308	1339	1351	1358	1333	1314	1297	1285	1282			
" Frankreich	Mrd. frs.	1295	1282	1261	1257	1290	1503	1512	1509	1523	1561	1582	1570	1544	1536	1575			
" Niederlnd. Bank	Mill. hfl.	3136	3082	3047	.	3078	2853	2901	2848	2853	2968	2983	2920	2872	2847	2896			
" Belgisch. Nationalbk.	Mill. bfrs.	87841	87181	86466	86092	87442	86238	86290	85697	86142	87218	88638	88086	87190	86868	88178			
" Schweizer. "	Mill. sfrs.	4391	4274	.	4211	4265	4396	4380	4434	4603	4664	4503	.	4360	4318	4388			
" Schwedisch. "	Mill. skr.	3133	3001	.	2983	3113	3287	3220	3331	3484	3517	3364	.	3200	3185	.			
" Bank von Canada	Mill. \$	1303	1282	1267	1253	1259	1324	1333	1340	1361	1368	1362	1337	1317	1302	1294			
Zahlungsmittelumlauf in USA	Mill. \$	27551	27311	27121	26913	26928	27543	27698	27759	27929	27916	27685	27415	27200	27028	27045			
Geld- und Kapitalmarkt																			
Bank deutscher Länder																			
Inlandswechsel	Mill. DM	(2913)	(2833)	.	(2819)	(2947)	3821	3829	3845	3895	3652	3786	.	3554	3441	3515			
Schatzwechsel der Bundesverwaltung	"	3	20	.	10	3	185	234	202	197	172	185	.	281	303	249			
Lombardforderungen	"	1157	1136	.	1082	1492	1113	970	1086	944	1098	906	.	923	803	1154			
Vorschüsse an die öfötl. Verwaltung .	"	63	2	.	2	.	974	877	911	756	1006	914	.	804	490	659			
Forderungen gegen die öfötl. Hand. . .	"	5852	5807	.	5780	5776	5828	5922	5904	5892	5967	5979	.	5983	5978	6013			
Depositen	"	(703)	(1207)	.	(1299)	(1151)	2742	2676	2899	2892	2554	2776	.	2898	2879	2657			
480 repräsentative Geldinstitute in Westdeutschland																			
Kurzfristige Kredite an Nichtbanken .	"	.	.	.	.	.	9322	9315	9504	9485	9546	9622	.	9619	9555	.			
Einlagen von Nichtbanken	"	.	.	.	.	.	11214	11276	11127	11302	11526	11393	.	11458	11655	.			
darunter Spareinlagen	"	.	.	.	.	.	1989	1982	1972	1971	2024	2036	.	2032	2029	.			
Berliner Zentralbank																			
Wechsel	"	30,0	28,9	.	25,9	28,7	36,2	30,1	26,0	30,0	41,0	32,2	.	36,5	49,6	54,3			
Kassenvorschüsse	"	11,1	11,1	.	11,0	10,9	19,4	19,4	19,4	19,4	19,2	21,7	.	21,2	21,2	21,2			
Einlagen insgesamt	"	71,3	76,1	.	96,9	54,2	106,9	125,1	118,1	141,5	129,8	131,7	.	137,7	135,5	118,3			
Bank von England																			
Regierungspapiere d. Emissionsabtö.	Mill. £	1349,3	1299,2	1299,3	1299,3	1299,3	1345,2	1345,2	1370,2	1370,2	1370,3	1370,3	1345,2	1345,3	1345,3	1345,2			
Forderungen der Bankabteilung . . .	"	488,1	528,8	508,7	492,2	493,2	623,7	642,8	652,3	401,1	413,2	396,0	384,1	381,7	357,6	348,9			
Depositen insgesamt	"	525,8	535,7	535,9	531,8	534,8	672,0	668,7	671,7	408,4	414,3	421,4	403,3	417,7	406,0	400,0			
Bundes-Reserve-Banken USA																			
Aktiva (gesamt)	Mill. \$	45640	44639	44758	44488	44664	45321	45649	46372	46852	46451	46931	45688	46866	46931	47438			
darunter: Goldzertifikate	"	22620	22645	22645	22650	22620	21261	21183	21122	20982	20972	20870	20704	20664	20622	20565			
Regierungspapiere	"	18829	18230	17872	17764	17855	19569	20239	20529	20227	20337	20571	20461	20798	20545	21484			
Einlagen insgesamt	"	18906	18322	18248	18366	18647	18581	18809	19129	19309	19175	19488	18947	19806	19611	20998			
darunter: Regierungseinlagen	"	55	25	38	539	637	564	540	451	685	786	546	273	105	256	807			
Zinssätze																			
in Westdeutschland																			
Diskontsatz d. Bank deutscher Länd.	% p. a.	4	4	4	4	4	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6			
Tagesgeld in provisionsfr. Rechnung	"	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1			
Spareinlag. m. gesetzl. Kündigungssfr.	"	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3			
Tagesgeld in London	1/2-3/4	1/2-3/4	1/2-3/4	1/2-3/4	1/2-3/4	1/2-3/4	1/2-3/4	1/2-3/4	1/2-3/4	1/2-3/4	1/2-3/4	1/2-3/4	1/2-3/4	1/2-3/4	1/2-3/4	1/2-3/4			
Handelswechsel, 3 Mon., London . .	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/4			
Effektenmarkt																			
Festverzinsl. 4 1/2 % Wertpap. i. W.-Dtschld.																			
Kursniveau, gesamt	vH	7,72	7,73	.	7,73	7,74	7,61	7,53	7,48	7,44	7,46	.	7,45	7,40	7,35	7,32			
dar. Pfandbriefe d. Hypothekenbanken	"	7,85	7,85	.	7,85	7,85	7,73	7,65	7,63	7,59	7,58	.	7,59	7,53	7,47	7,42			
Pfandbr. d. öfötl.-rechtl. Kreditanst.	"	7,92																	